

Ein bisschen Vielfalt



Michael Brandt
über Selbstbestimmung

Das Selbstbestimmungsgesetz ist die folgerichtige Antwort auf eine gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre. Die sperrige Buchstabenkette LGBTQ+ als Abkürzung für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle/Transgender-, queere, intersexuelle und asexuelle Menschen, die zunächst bei vielen Menschen auf Unverständnis und Ablehnung gestoßen ist, ist inzwischen in Teilen der Gesellschaft selbstverständlich geworden.

Die Verwendung des Kürzels drückt auch aus, dass Menschen, die in der Vergangenheit aufgrund ihres Geschlechts und ihres Selbstempfindens ausgegrenzt und verfolgt worden sind, ein Recht auf Akzeptanz haben. Das Selbstbestimmungsgesetz macht das Leben für diese Menschen leichter. Es gibt ihnen wenigstens einen Teil der Würde, die das Grundgesetz verspricht.

Zu glauben, das Gesetz werde deshalb flächendeckend kommentarlos aufgenommen oder begrüßt, wäre allerdings fahrläs-

Das Gesetz an potenziellen Konflikten zu messen, wäre falsch.

sig. CDU und AfD haben das Gesetz kritisiert, es gab in Berlin auch Kundgebungen dagegen. Nicht allen gefällt es, dass Mann nicht automatisch immer Mann ist und Frau nicht automatisch immer Frau. Und dass es dazwischen und daneben eine Reihe weiterer Facetten gibt. Der Kulturkampf um die Geschlechterfrage wird in den vergangenen Jahren gerade in Bezug auf Menschen, die sich nicht eindeutig kategorisieren lassen, mit viel Hass geführt.

Tatsächlich ist das Selbstbestimmungsgesetz nicht fehlerfrei und birgt überall dort Konfliktstoff, wo die Gesellschaft bisher mit eindeutigen Geschlechterzuweisungen arbeitet: im Sport zum Beispiel, bei Geschlechterquoten, in bestimmten Vereinen, Gesprächskreisen, in Bädern und so weiter. Die augenfällige Zuordnung zu einem Geschlecht bestimmt in fast allen Situationen, wie uns begegnet wird. Das kann bis hin zu Gewalt gehen, wenn wir etwa in der vermeintlich falschen Umkleidekabine erwischt werden.

Das Gesetz aber an diesen potenziellen Konflikten zu messen, wäre falsch. Das Familienministerium rechnet in einer ersten Einschätzung mit rund 4000 Anträgen an die Standesämter pro Jahr. Es geht also um eine kleine Gruppe. Und damit um eine noch viel geringere Zahl an Konfliktsituationen. Das bisschen Vielfalt muss die Gesellschaft aushalten. **Bericht Seite 4**

michael.brandt@weser-kurier.de